

„Die Kinderlosigkeit wächst weiter“

Zu- und Einwanderung können den Anstieg des Durchschnittsalters in Deutschland nur unwesentlich verringern und schon gar nicht stoppen, meint der Demografie-Experte Herwig Birg **VON STEFAN REHDER**

Herr Professor Birg, bis Ende März will das Kabinett Merkel über den genauen Umfang der Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags entscheiden. Eigentlich hätte die verfassungsrechtlich gebotene Anpassung schon im vergangenen Jahr erfolgen müssen, ist aber offenbar der „schwarzen Null“ im Bundeshaushalt zum Opfer gefallen. Darf man daraus folgern, dass dem Bundesfinanzminister ein Platz in den Geschichtsbüchern wichtiger ist als Verfassungstreue und Steuergerechtigkeit?

In Deutschland werden Familien mit Kindern durch die Politik schon seit Jahrzehnten in verfassungswidriger Weise behandelt. Die Bundesfinanzminister kommen und gehen, die Ungerechtigkeit der deutschen Politik gegenüber den Familien bleibt bestehen. Die beiden zentralen Urteile des Bundesverfassungsgerichts zur Besserstellung der Familien mit Kindern, das sogenannte Trümmerfrauenurteil und das Urteil zur Pflegeversicherung, wurden von der Politik schlicht ignoriert. Darüber wird in den Geschichtsbüchern mehr zu lesen sein als über die „schwarze Null“.

Nach den bisher bekannten Plänen soll der Kinderfreibetrag um 144 Euro in diesem sowie um weitere 96 Euro im kommenden Jahr angehoben werden. Der Freibetrag zur Sicherung des steuerlichen Grundeinkommens liegt derzeit bei 8354 Euro im Jahr, der steuerliche Kinderfreibetrag bei 4368 Euro. Glaubt man dem 10. Existenzminimumbericht der Bundesregierung dann würde die Regierung mit dieser Anhebung gerade einmal die verfassungsrechtlich gebotene Untergrenze einhalten...

Eine verfassungsrechtlich gebotene Regelung muss zuerst dem Grundsatz entsprechen, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind. Den von ihnen genannten Zahlen sieht man nicht an, dass der Gleichheitsgrundsatz der Verfassung in Deutschland verletzt wird. Familien mit Kindern finanzieren durch ihre Beitragszahlungen in die Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung die Versorgung der Menschen ohne Kinder zu einem großen Teil mit, statt dass sie entlastet und gefördert werden, wie es die Verfassung gebietet. Das Gleiche gilt für die Behandlung der Familien mit Kindern durch das Steuerrecht. Durch Verbrauchssteuern wie die Umsatzsteuer werden Familien mit Kindern spürbarer belastet als Menschen ohne Kinder, weil sie einen größeren Anteil ihres Einkommens für Verbrauchsgüter ausgeben müssen.

Keinen verfassungsrechtlichen Anspruch gibt es auf eine Erhöhung des Kindergeldes. Es ist aber Usus, dieses zusammen mit den Freibeträgen zu erhöhen. Laut den Plänen des Finanzministers soll das Kindergeld in diesem Jahr um vier Euro pro Monat aufgestockt werden. Eltern könnten ihren Kindern also jede Woche eine ganze Kugel Eis spendieren. Im Jahr darauf soll dann eine weitere Erhöhung von zwei Euro pro Monat hinzukommen. Ab 2016 darf das Existenzminimum alle 14 Tage sogar zwei Kugeln tragen. Vorausgesetzt die Eisverkäufer erhöhen die Preise nicht. Fürchten Sie da nicht den Ausbruch einer Epidemie von Magenverstimmungen?

Die Beträge sind so niedrig, dass sie von den Familien als Ausdruck von Hohn und Zynismus verstanden werden müssen. Das dahinterstehende Prinzip wurde von Jürgen Borchert, einem bekannten Richter und Experten für Sozialrecht, so charakterisiert: „Für das mit 38,8 Milliarden Euro gelistete Kindergeld gilt: Es ist zu größten Teilen kein Geschenk, sondern die Rückgabe von Diebesgut (...)“ In seinem Beschluss vom 25. Mai 1990 hat das BVerfG festgestellt, dass das Existenzminimum der Bürger vom Zugriff der Einkommen- bzw. Lohnsteuer zu verschonen ist; da auch Kinder Bürger sind, ist folgerichtig das Existenzminimum der ge-



Die Auswirkungen des demografischen Wandels lassen sich längst im Alltag besichtigen. Während etwa diese Fortbewegungsmittel ...



... immer stärker nachgefragt werden, prägen diese Transportfahrzeuge kaum noch ein Stadtbild.

Foto: dpa

samen Familie insoweit steuerfrei zu halten. Das BVG hat in jener Entscheidung dem Gesetzgeber allerdings gestattet, auf das Existenzminimum von Kindern dann zuzugreifen, wenn dieser Eingriff durch ein ausreichendes hohes Kindergeld kompensiert wird. Das hat der Gesetzgeber, der ja aus Abgeordneten besteht, die wiedergewählt werden wollen, sich natürlich nicht zweimal sagen lassen, denn das Schenken von Kindergeld in Omnipotenz- und Spenderhosenpose ist den Wählern politisch ungleich angenehmer zu verkaufen als nur das bloße Nicht-Nehmen.“

In den Medien wird die alle paar Jahre stattfindende Anpassung der sogenannten „familienpolitischen Leistungen“ jedes Mal von viel Tamtam begleitet. Dabei würde die zur Debatte stehende Erhöhung des Kindergeldes Bund, Länder und Kommunen gerade einmal zwei Milliarden Euro kosten. Können Sie die Aufregung um diese Leistungen nachvollziehen?

Bei diesem Thema geht Vieles durcheinander – was der Politik nur recht ist, denn Verwirrung ist ein geeignetes Mittel, um Aufklärung zu verhindern. Das Bundesfamilienministerium behauptete in seinem Familienreport 2012, dass das Gesamtvolumen der staatlichen Leistungen für Familien im Jahr 2010 ein Volumen von 200,3 Milliarden Euro erreicht habe. Diese von den Medien kritiklos verbreitete Zahl ist falsch. Hierzu stellte der Deutsche Familienverband in einer detaillierten Untersuchung fest: Nur 55,4 Milliarden Euro und

damit nur ein gutes Viertel des Gesamtpakets sind laut Ministeriumsrechnung Familienförderung im engeren Sinne. Auch bei diesem Betrag ist genaueres Hinsehen erforderlich. Diese Differenzierung schafft es aber meist nicht in die Medien. Die 200 Milliarden Euro haben es als magische Zahl in die Presse geschafft und vermitteln den Eindruck, dass der Staat die Familien mit Geld und Infrastrukturangeboten geradezu überschüttet. Das ist das Gegenteil von Aufklärung.

Deutschland hat eine der niedrigsten Geburtenraten überhaupt. Die sogenannten



Professor Herwig Birg.

Fotos: dpa

„familienpolitischen Leistungen“ haben also offenbar keinen bevölkerungspolitischen Effekt, zumindest verursachen sie keinen Benefit, der in Richtung Generationenerhaltung wiese. Spielt also Geld bei der Frage der Reproduktion gar nicht die Rolle, die Manche ihr unterstellen?

Die Analyse der Wirkungen von familienpolitischen Leistungen setzt eine Untergliederung der Geburtenrate voraus. Man muss die allgemeine Geburtenrate differenzieren in eine Geburtenrate, die die Wahrscheinlichkeit für die Geburt eines ersten Kindes misst und entsprechend in eine Geburtenrate für die Wahrscheinlichkeit, dass ein zweites, drittes beziehungsweise viertes und weiteres Kind geboren wird. In der wissenschaftlichen Demografie wurden die Wirkungen familienpolitischer Maßnahmen auf die so untergliederte Geburtenrate nachgewiesen, beispielsweise in meinem Buch „Die demographische Zeitenwende“ von 2001. Hauptergebnis: Familienpolitische Maßnahmen wirken sehr viel stärker bei den Familien, die bereits zwei oder drei Kinder haben, während sie die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Menschen für ein erstes Kind entscheiden, so gut wie gar nicht erhöhen.

Nun hat der Präsident des Ifo-Instituts Hans Werner Sinn kürzlich vorgeschlagen, anstatt das Kindergeld für jedes Kind gleichmäßig zu erhöhen, solle es nur das für das Dritte spürbar angehoben werden. Könnte dies zu einem signifikanten Anstieg von Familien mit mehr als zwei Kindern führen?

Die Debatte geht am Hauptthema vorbei, denn damit es überhaupt Familien mit zwei oder drei Kindern gibt, bei denen sich die familienpolitischen Maßnahmen besonders stark auswirken würden, muss, wie ich in meinem genannten Buch nachgewiesen habe, zuerst die Geburtenrate der Menschen ohne Kinder erhöht werden, denn ohne erste Kinder kann es überhaupt keine Familien mit zwei, drei oder mehr Kindern geben. Deutschland ist ein Land mit einem extrem hohen Anteil von zeitlebens kinderlos bleibenden Menschen. Immer mehr Menschen entscheiden sich für ein Leben ohne Kinder, beim Jahrgang 1970 sind es bereits ein Viertel im Landesdurchschnitt beziehungsweise ein Drittel in den alten Bundesländern. Dieser Anteil lag früher unter zehn Prozent. Von der Öffentlichkeit unbemerkt, wächst die Kinderlosigkeit von Jahrgang zu Jahrgang ständig weiter, sie ist der Hauptgrund für die niedrige durchschnittliche Geburtenrate von 1,4 Kindern je Frau. Um die Geburtenrate zu erhöhen, muss der Anteil der Kinderlosen an den Geburtsjahrgängen verringert werden, weil sonst die Kleinfamilien mit ein oder zwei Kindern gar nicht gegründet werden, die zu größeren werden könnten.

Außer um die familienpolitischen Leistungen streitet die Große Koalition derzeit auch um Notwendigkeit und Ausgestaltung eines Einwanderungsgesetzes. CSU-Chef Horst Seehofer will gar keines, die SPD hat bereits Eckpunkte vorgestellt und auch CDU-Generalsekretär Peter Tauber, der die Debatte eröffnet hatte, hat seine Vorstellungen jetzt konkretisiert. Ohne hier auf die Vorschläge im Einzelnen eingehen zu wollen, muss man hier nicht generell fragen: Ist es überhaupt klug und ethisch verantwortbar, dass vergreisende westliche Industrienationen miteinander um die besten Köpfe aus sogenannten Schwellen- und Entwicklungsländern konkurrieren, um mit ihnen ihre hausgemachten Probleme zu lösen oder deren Auswirkungen zu mildern?

Deutschland verfolgt seit Jahrzehnten eine kompensatorische Einwanderungspolitik, indem es den fehlenden Nachwuchs im eigenen Land durch den Nachwuchs anderer Länder ersetzt, und zwar zum Nulltarif. Das ist demografischer Kolonialismus. Wir haben seit Jahrzehnten jedes Jahr mehr Zuwanderungen aus dem Ausland als Geburten im Inland. Das kann nicht unsere Staatsraison bleiben. Wie erst im Februar wieder in fünf Beiträgen des Ifo-Instituts nachgewiesen wurde, sind Einwanderer keineswegs nur von Vorteil für Deutschland, sondern auf den meisten Gebieten ökonomisch ein Verlustgeschäft und gesellschaftlich eine riskante Rechnung mit Unbekanntem. Berechnungen zeigen, daß selbst sehr hohe Einwanderungen jüngerer den Anstieg des Durchschnittsalters nur unwesentlich verringern würden und keinesfalls stoppen könnten.

In Ihrem aktuellen Buch „Die alternde Republik und das Versagen der Politik“ werfen Sie der Politik nicht weniger als totales Missmanagement vor. Die Politik habe keines der Probleme ernsthaft angegangen, die bereits in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts offenbar geworden seien. Wenn Sie selbst für einen Tag die Richtlinien der Politik bestimmen könnten: Welche drei Reformen würden Sie sofort auf den Weg bringen?

Am Wichtigsten ist die Aufklärung der Bevölkerung über die demografische Sackgasse, in der Deutschland unterwegs ist. Die Lüge der Politik von der „demografischen Chance“ müsste beendet werden. Parallel dazu müssten die Urteile des Bundesverfassungsgerichts (Trümmerfrauenurteil und Urteil zur Pflegeversicherung) umgesetzt werden. In meinem Buch habe ich eine Reihe weiterer Maßnahmen beschrieben, beispielsweise würde ich das Prinzip einführen, bei der Besetzung von Arbeitsplätzen Frauen und Männer mit Kindern untergleich qualifizierten Bewerbern zu bevorzugen. Außerdem plädiere ich für Mütterquoten statt für Frauenquoten, einmal unterstellt, dass man Quotenregelungen überhaupt für sinnvoll hält, denn mit pauschalen Frauenquoten werden nicht in erster Linie diejenigen unterstützt, die es besonders verdient hätten, sondern überwiegend die berufsorientierten Frauen, die sich für ein Leben ohne Kinder entschieden haben.